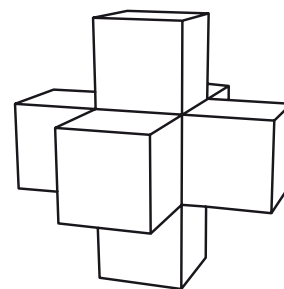


Schweizer Freisinn



FDP Wir Liberalen.

| | | | | | | | |
|---------------------------|----------|-------------------|----------|------------------------|-----------|------------------------|-----------|
| Unter Freisinnigen | 2 | Geits no? | 2 | FDP-Frauen | 14 | Kreuzwörtertsel | 22 |
| Kopf des Monats | 2 | Brennpunkt | 3 | Jungfreisinnige | 16 | FDP intern | 23 |

30. Jahrgang, Erscheint monatlich.

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

Inhalt

AHV

Mit einer echten Reform hätte die Zukunft der Renten gesichert werden können. Leider wurde eine Schmalspur-Reform verabschiedet. Eine bessere Reform wäre möglich gewesen, die FDP hat den Weg aufgezeigt. Den anderen Parteien fehlte aber im Nationalrat der Mut für eine echte Reform. **Seite 3**

Gesundheitsverfassung

Die Abstimmung am 1. Juni 2008 ist insofern bedeutsam, als sich damit die Stimmberechtigten erstmals seit 1995 über die Grundsätze äussern, die in Zukunft in der Krankenversicherung gelten sollen. Damit kann ein Zeichen gegen die Verstaatlichung des Gesundheitswesens gesetzt werden. **Seite 6**

Unsinnige Initiativen

Die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» will die Informationstätigkeit von Bundesrat und Bundesverwaltung nach Abschluss einer parlamentarischen Debatte verbieten. Dies wäre wahrhaftig ein «Maulkorb». Die Einbürgerungsinitiative der SVP verlangt, dass Entscheide der zuständigen Gemeindeorgane für die Erteilung des Bürgerrechts endgültig sind. Dies wäre ein willkürliches und anti-föderalistisches Einbürgerungsverfahren. **Seite 10**



Marianne Dürst gibt die «flamme radicale» an Jacqueline de Quattro weiter.

Jacqueline de Quattro ist neue Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz

Regierungsrätin Jacqueline de Quattro (VD) ist anlässlich der Generalversammlung in Chur zur neuen Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz gewählt worden.

Jacqueline de Quattro wusste nicht nur die Findungskommission unter Leitung von Ständerätin Christine Eggerszegi-Obrist für sich einzunehmen, sondern

begeisterte auch die angereisten Mitglieder und Gäste.

Seiten 13–15

Ein Ja zur Sanierung der Invalidenversicherung

Am 18. Dezember hat der Ständerat oppositionslos, sogar mit den Stimmen der SVP-Ständeräte, dem zweiten Teil der IV-Reform, der Zusatzfinanzierung, zugestimmt.



Pascal Couchepin

Kopf des Monats

Marc Mächler

Bei den kantonalen Wahlen vom 16. März 2008 gelang der FDP des Kantons St. Gallen unter der Leitung ihres Präsidenten Marc Mächler die Wende. Seit 1980 hat die FDP bei kantonalen Wahlen kontinuierlich an Wähleranteil und Parlamentssitzen eingebüsst. Nun konnte der Trend gekehrt werden: Die FDP vergrösserte ihre Kantonsratsfraktion um einen Sitz auf 23 Mandate, und der Wähleranteil stieg von 17,93 auf 18,04 Prozent. Die erfolgreichen Regierungswahlen nicht zu vergessen: Die beiden bisherigen FDP-Regierungsglieder Karin Keller-Sutter und Willi Haag erreichten die besten Resultate aller Kandidierenden und wurden souverän wiedergewählt. Nun



Marc Mächler,
der Kopf des Monats

gilt es, beim zweiten Wahlgang mit Andreas Hartmann auch den dritten freisinnigen Regierungssitz zu verteidigen.

Der Nationalrat ist ihm in der Frühlingssession grundsätzlich gefolgt. Nach dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision hat diese neue Reform insbesondere zum Ziel, AHV- und IV-Fonds zu trennen.

Bisher hat die IV auf Kosten der AHV Schulden angehäuft. Dies wiederum hat verdeckt, dass die IV jährlich 1,5 Milliarden Defizit schreibt. Die neue Reform soll nun die beiden Bereiche unabhängig voneinander machen.

Die Trennung der beiden Sozialwerke zwingt aber auch dazu, die IV zu sanieren. Da Renten meistens für mehrere Jahre, ja Jahrzehnte gesprochen werden, können die jährlichen Defizite nicht kurzfristig ausgabenseitig eliminiert werden.

Zum Verhindern weiterer Defizite hat das Parlament deshalb eine Zusatzfinanzierung für sieben Jahre gesprochen. Dies geschieht über die Mehrwertsteuer.

Gleichzeitig wird eine 6. IV-Revision vorbereitet, welche weitere Anstrengungen unternimmt, damit mittelfristig die IV wieder auf gesunden Füßen steht.

Liberal Denkende sagen Ja zu dieser Reform, insbesondere weil sie versteckte Defizite nicht mehr zulässt. Mehr Verantwortung für jedes einzelne Sozialwerk stärkt nämlich die Sozialwerke insgesamt.

Ein Ja zu soliden Sozialwerken

Ein Ja zu dieser Reform ist ein Ja zu einer soliden IV, aber auch ein Ja zu einer soliden AHV. Das ist, was wir Freisinnige wollen und uns dringend wünschen.

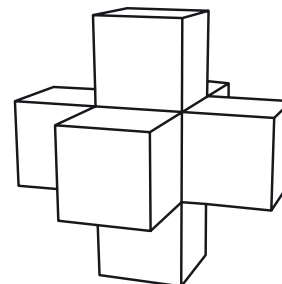
Denn wenn die vorliegende Finanzierungslösung nicht durchkommt, wird auch die AHV ernsthaft gefährdet. Es ist zudem unfair gegenüber den nachfolgenden Generationen, bei den Sozialwerken einfach Schuldenberge anzuhäufen.

Freisinnige denken nachhaltig und wollen Probleme lösen, wenn sie sich stellen. Darum muss die Invalidenversicherung jetzt saniert werden. Es liegt nun eine pragmatische und innovative Lösung vor.

Ein Ja zu dieser Reform ist ein Ja für solide Sozialwerke, nichts mehr und nichts weniger. Ein Ja für die Generation von morgen.

Pascal Couchepin

Pascal Couchepin



Ungenügendes Reförmchen

Der Berg hat bei der AHV eine Maus geboren. Anstatt mit einer echten Reform die Zukunft der Renten zu sichern, wurde eine Schmalspurreform verabschiedet. Eine bessere Reform wäre möglich gewesen, die FDP hat den Weg aufgezeigt. Den anderen Parteien fehlte aber im Nationalrat der Mut für eine echte Reform.

Von FDP-Präsident Fulvio Pelli

Das Parlament hat in Bezug auf Reformen bei der AHV in den vergangenen Jahren wenig Mut und Innovationsgeist an den Tag gelegt. Die 11. AHV-Reform verdient denn auch diesen Namen nicht – sie ist nur ein «Reförmchen», und die Zukunft der AHV wird dadurch nicht nachhaltig gesichert. Zwar konnte das Schlimmste abgewendet werden, das eingesparte Geld wird nicht gleich wieder mit beiden Händen ausgegeben. Aber eine Reform, welche die AHV für die Zukunft rüstet, muss anders aussehen.

Endlich Wahlfreiheit beim Rentenalter

Eigentlich sind die Fakten klar. Jedes Kind kennt sie: Wir werden immer älter – das ist toll. Die negative Folge für die AHV ist, dass immer weniger für immer mehr bezahlen müssen. Diese Rechnung ist ganz einfach.

Es ist unsere Pflicht, die AHV ins Lot zu bringen und für die Zukunft zu sichern. Es darf nicht sein, dass wir heute Versprechungen machen und darauf hoffen, dass in 10, 20 oder 30 Jahren noch genug Geld da ist, um die Renten zu bezahlen.

Aus diesem Grund stellte die FDP-Fraktion im Nationalrat den Antrag, die AHV-Reform an den Bundesrat zurückzuweisen. Dieser hätte die Gelegenheit gehabt, aus dem Reförmchen eine Reform zu machen und eine echte Flexibilisierung des Rentenalters einzubauen. Es braucht eine Flexibilisierung des Rentenalters nach oben und nach unten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen endlich frei bestimmen können, wann und wie sie den Schritt vom Erwerbsleben in die Pension

machen wollen. In der Theorie können sie dies bereits heute, aber eben nur in der Theorie. In der Praxis gibt es dermassen viele Hindernisse, dass insbesondere ein längerer Verbleib im Erwerbsleben praktisch unmöglich ist.

Reförmchen blockiert Reformen

Bis eine Reform der AHV in Kraft treten kann, vergeht immer sehr viel Zeit. Dies hängt damit zusammen, dass das Referendum der Linken – allen voran der Gewerkschaften – so sicher ist wie das Amen in der Kirche. Eine Reform,

welche die Zustimmung der Linken findet, hätte einen Ausbau in Milliardenhöhe zur Folge. Die AHV würde mit einer solchen Reform also geradewegs gegen die Wand gefahren.

Weil eine AHV-Reform dermassen viel Zeit benötigt, braucht es eine echte Reform und nicht bloss ein Reförmchen. Die jetzige Vorlage blockiert notwendige weitere Reformschritte. Während nun über diese Revision gestritten wird, müsste eigentlich längst an einer echten und grundlegenden Reform gearbeitet werden.



Fulvio Pelli



Die Bürgerinnen und Bürger sollen endlich frei bestimmen können, wann und wie sie den Schritt vom Erwerbsleben in die Pension machen wollen.

Bild: Keystone



Programm vom 19. April 2008 in Bern

10.30: **Begrüssung**

Rede des Parteipräsidenten
Nationalrat Fulvio Pelli

Kernthemen 2008-2011
Herausforderungen der Zukunft
Präsentation der erarbeiteten Themen
Diskussion und Abstimmung

Verabschiedung
durch den Parteipräsidenten

13.00: **Schluss des Parteitags und Imbiss**

Rahmenprogramm mit Fabian Unteregger
Bekannt aus der Comedy-Show
«Giacobbo/Müller»



Anmeldetalon

Melden Sie sich übers Internet an unter www.fdp.ch/parteitag oder per Fax.

☐ Ja, ich nehme / wir nehmen am Parteitag der FDP Schweiz teil:

Vorname, Name:

Anzahl Personen:

Adresse:

PLZ, Ort:

Kanton:

Ausgefüllten Talon bitte bis 11. April 2008 einsenden an:
FDP Schweiz, Parteitag, Postfach 6136, 3001 Bern, per Fax 031 320 35 00.

Rechtsstaatlichkeit über alles! Keine ungehörige Einmischung!

Votum von NR J. N. Schneider-Ammann anlässlich der dringlichen Debatte zur Finanzmarktkrise am 19. März 2008

Die aktuelle Situation ist alles andere als erfreulich. Dass es sich um weltweite Probleme handelt, kann kein Trost sein. Wir haben unsere Souveränität, unser demokratisches System, unsere Rechtsstaatlichkeit und letztlich auch unsere Glaubwürdigkeit und unser Ansehen zu verteidigen.

Die entlarvende Einmischung deutscher Finanzminister muss mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Entlarvt haben sie ihre Unfähigkeit, sich im internationalen Wettbewerb um Vertrauen, Freiheit und Leistungsbereitschaft mit demokratischen Mitteln messen zu lassen. Statt die eigenen Probleme anzugehen, setzen sie nun auch die Schweiz unter Druck.

Was sind denn Staatsverträge wert, wenn sie in schwierigen Zeiten einseitig uminterpretiert werden? Wir tun gut daran, überparteilich geschlossen unsere Rechte und unsere Autonomie unmissverständlich zu verteidigen.

Korrektheit und Steuerwettbewerb zum Bestehen des Steuerstreits

Der Steuerstreit ist ein Fakt. Und so schnell wird er nicht vorbei sein. Zwei Stossrichtungen scheinen mir entscheidend, um einer freundschaftlichen Lösung die Hand zu bieten:

1. Wir sorgen dafür, dass unsere Gesetze und die internationalen Verträge beispielhaft umgesetzt werden. Schon heute kann Steuerhinterziehung geahndet werden. Mit dem Geldwäschereigesetz und dem Gesetz zur Terrorismusbekämpfung, der Zinsbesteuerung und der Betrugsbekämpfung haben wir essenzielle Massnahmen zur Missbrauchsbekämpfung und Verhinderung von Schlupflöchern in Kraft gesetzt. Unsere Gesetzgebung ist mindestens so vollständig wie diejenige der umliegenden Staaten. Verschaffen wir ihr auch Nachachtung!

2. Der internationale und interkantonale Steuerwettbewerb muss weiterentwickelt werden. Er trägt massgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg aller, auch der EU, und damit bei uns zur Sicherstellung der Vorsorgeeinrichtungen bei. Je mehr Geld in unternehmerischen Händen bleibt – ein schlanker und starker Staat immer vorausgesetzt –, desto grösser die Chance, allen einen Arbeitsplatz anbieten zu können.



Johann Schneider-Ammann

Personenfreizügigkeit hat nichts mit dem Steuerstreit zu tun, mit der volkswirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz allerdings schon

Es ist falsch, einen Konnex zwischen Steuerstreit und Personenfreizügigkeit herzustellen. Letztere ist eine unabdingbare Voraussetzung zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung unseres Landes. Wer jetzt mit Referendum und Opposition droht, schneidet sich ins eigene Fleisch. Jede Abschottung träfe vor allem uns selbst. Ich sage dies als Vertreter der Exportwirtschaft und erinnere wieder einmal daran, dass wir jeden zweiten Franken direkt oder indirekt mit dem Ausland verdienen.

Das Bankkundengeheimnis ist nicht verhandelbar! Und gehört nicht in die Verfassung!

Das Bankkundengeheimnis ist nicht verhandelbar! Dass sich der deutsche Staat kürzlich Methoden bediente, die jeglicher Rechtsstaatlichkeit spotten, lässt aufhorchen. Nichts lässt diesen Übergriff rechtfertigen. Unser Bankkundengeheimnis darf allerdings nicht dazu animieren, dass Rechtsbruch in befreundeten Ländern ungeahndet bleibt. Die Rechtshilfeabkommen und die korrekte Durchsetzung unserer Gesetzgebung sind die besten Waffen gegen Miss-

brauch. Ein Eintrag des Bankkundengeheimnisses in der Verfassung täuscht wohl nur eine vermeintliche zusätzliche Sicherheit vor und ist deshalb abzulehnen.

Der Finanzplatz benötigt Anstand, eine wirkungsvolle Aufsicht und Vertrauen

Was die Strategie für unseren Finanzplatz angeht, so sollten wir uns vor allem auf liberale Rahmenbedingungen einigen und ihn so in Ordnung halten, dass das Vertrauen in unseren Finanzplatz unangetastet bleibt.

Die Abzockerei der jüngsten Vergangenheit führt zu Vertrauensverlust und dem Ruf nach dem Staat. Das viele und kurzfristig einzustreichende Geld hat manchen Charakter enthüllt. Niemand fühlte sich wirklich verantwortlich, allzu viele operierten letztlich mit fremdem Geld. Der vorsichtige, zurückhaltende Umgang mit dem anvertrauten Geld wäre eine Tugend. Diese Tugendhaftigkeit muss neu erfunden werden – auch bei uns!

Appell zum Schluss

Sorgen wir dafür, dass rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Errungenschaften nicht unbedachten, kurzfristig orientierten Egoismen, aber auch nicht politischen Überreaktionen zum Opfer fallen!

Gesundheitsverfassung am 1. Juni 2008

Mehr Transparenz und Qualität

Manchmal muss man in der Politik Lösungen formulieren, die verdeutlichen, was zum Teil bereits möglich ist. Das gilt auch für den Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung».

**Von Erika Forster-Vannini,
Ständerätin FDP SG**

Die Abstimmung am 1. Juni 2008 ist insofern bedeutsam, als sich damit die Stimmberechtigten erstmals seit 1995 über die Grundsätze äussern, die in Zukunft in der Krankenversicherung gelten sollen. Damit kann ein Zeichen gegen die Verstaatlichung des Gesundheitswesens gesetzt werden.

Wir alle wissen, dass alljährlich die Krankenkassenprämien steigen – mal mehr, mal weniger. Das langjährige Ringen um die bitter nötigen Reformen des KVG haben uns auch gelehrt, dass es schwierig ist, in unserem Gesundheitssystem bestehende Fehlanreize für Versicherte, Leistungserbringende und Versicherer zu reformieren.

Stärkung des regulierten Wettbewerbes

Die Räte haben sich mit dem Verfassungsartikel, der als Gegenvorschlag zur «Prämien-senkungsinitiative» der SVP erarbeitet ist, vorerst schwergetan. Dies nicht zuletzt deshalb, weil im Gesetzgebungsprozess resp. den Teilrevisionen Fragen wie Wettbewerb, Qualität, Medikamentenpreise, Versicherungsmodelle und Vertragsfreiheit längstens diskutiert werden. Teilerfolge sind u. a. mit der Verfeinerung des Risikoausgleiches und der Neufassung der Spitalfinanzierung erzielt worden.

Letztlich hat sich das Parlament für einen Artikel in der Verfassung entschieden, der alle für die Bevölkerung wichtigen Elemente, wie Transparenz, Qualität, Wirtschaftlichkeit und die verbesserte Koordination zwischen Bund und Kanton, festhält.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der Gegner des Gesundheitsverfassungsartikels ist die Vertragsfreiheit schon heute im Rahmen des geltenden Gesetzes möglich. Es bedarf dazu keiner speziellen Verfassungsbestimmungen. Wer die Vorlage vom 1. Juni mit dem Argument bekämpft, sie bringe die Vertragsfreiheit, geht entweder selber in die Irre oder führt andere bewusst in die Irre. Denn im Gesetz ist diese Möglichkeit mit und ohne Verfassungsbestimmung enthalten. So ist die freie Arztwahl bereits Bestandteil der neuen Spitalfinanzierungsvorlage;



Erika Forster

dieses Prinzip soll nun auf Verfassungsebene gefestigt werden.

Regulierter Wettbewerb

Die vorgeschlagene Ergänzung von Art. 117 BV bringt einen regulierten Wettbewerb. Etwas anderes ist in einem sozialen Krankenversicherungssystem mit Versicherungsobligatorium und einem Grundleistungskatalog nicht möglich. Dieser regulierte Wettbewerb orientiert sich an drei Leitplanken: Der Patient soll endlich wissen, welche Qualität er wo erhält. Zweitens ist die Qualität der medizinischen Leistungen zu sichern; der Wettbewerb darf nicht einseitig auf der Preisseite geführt werden. Diese beiden Elemente sind eine Voraussetzung für eine echte Wahlfreiheit, welche die dritte Leitplanke bildet. Diese Leitplanken spiegeln sich auf der Finanzierungsseite: Zukünftig sollen nicht mehr Kosten, sondern Leistungen finanziert werden.

Richtungsentscheid

Schon heute gilt im KVG das Prinzip der Wirksamkeit, der Zweckmässigkeit und der Wirtschaftlichkeit für medizinische Leistungen, Therapien und Heilmittel. Dieses Prinzip soll nun auf Verfassungsstufe gehoben werden. Wahlfreiheit und Qualität hinsichtlich Leistungserbringern und Therapien stehen im Zentrum und sind eine logische Folge einer Reihe von Volksabstimmungen, in welchen die Stimmberech-

tigten sämtlichen Tendenzen zur Staatsmedizin eine klare Absage erteilt haben.

Aus freisinniger Sicht ist wesentlich, dass der Staat sich auf die Rolle des Regulators, wie wir das im Bereich der Telekommunikation kennen, zurückzieht. Zahlreiche Kantone haben bereits begonnen, ihre Spitäler zu verselbständigen. Sie schaffen damit die nötige Trennung zwischen dem Gesetzgeber und dem Leistungserbringer. Wo dies nicht der Fall ist, gibt sich der Staat die Leistungsaufträge selber und finanziert oder subventioniert gar die Defizite selber, was zu Angebotsverzerrungen führt, die nicht tragbar sind.

Mit einem Ja zum Gesundheitsverfassungsartikel bestärken die Stimmberechtigten die Bemühungen um wettbewerbsfähigere Strukturen und Qualitätssicherung und sichern sich gleichzeitig Wahlfreiheit unter den zugelassenen Krankenversicherern und den Leistungserbringern (Ärzten und Spitälern), die zur Tätigkeit zulasten der Krankenversicherung zugelassen sind.



Mutige Botschaft des Bundesrates zur Reform der MWSt

Jetzt: Steuersystem vereinfachen

Steuerreformen sind eine Daueraufgabe, weil zur Erhaltung eines leistungsfähigen Staates und guter Sozialwerke die Schweiz alles Interesse hat, im internationalen Wettbewerb um steuerlich interessante Unternehmen und Personen an der Spitze zu bleiben.

**Von Markus Hutter,
Unternehmer und Nationalrat**

Deshalb ist für uns Liberale nach der jüngst beschlossenen Unternehmenssteuerreform II die Vereinfachung des Steuersystems prioritär. Unsere beiden Stossrichtungen betreffen einerseits die Mehrwertsteuer (MWSt) und andererseits die direkte Besteuerung natürlicher Personen.

Bei der MWSt-Reform holt der Bundesrat mit seinem Vorschlag eines Einheitssatzes zu einem eigentlichen Befreiungsschlag von administrativen Belastungen aus. Die heutigen drei Sätze, die 25 Ausnahmen und weitere Bestimmungen führen zu schwer überwindbaren Abgrenzungsproblemen und damit zu grossen Rechtsunsicherheiten für Steuerpflichtige. Der Einheitssatz und möglichst wenige Ausnahmen bringen eine massive Straffung und Vereinfachung, beseitigen Fehlanreize und schaffen Wachstumseffekte in der Höhe von mehreren Milliarden Franken.

Zudem entspricht ein tiefer MWSt-Einheitssatz dem Begehren der Wirtschaft, unterstehen doch nicht weniger als 87% der über 310 000 MWSt-Pflichtigen heute dem Normalsatz von 7,6%. Bei einem Einheitssatz von 6,1% hat somit eine grosse Mehrheit der Wirtschaft, der Branchen, der Unternehmen und speziell der KMU ein unmittelbares und direktes Interesse an der Einführung eines tiefen Einheitssatzes. Darüber hinaus führt der tiefe Einheitssatz zu Steuererleichterung bei den meisten Produkten. Die reduziert besteuerten Güter werden moderat mehr belastet.

Eine technisch ausgereifte MWSt-Lösung mit möglichst wenigen Ausnahmen und einem welt-



Markus Hutter

weit rekordtiefen Einheitssatz wird der Schweiz eine internationale Spitzenstellung garantieren. Deshalb verdient diese mutige Reformvorlage des Bundesrates zur Einführung einer liberalen MWSt mit tiefem Einheitssatz unsere volle Unterstützung!

Vereinfachung bei der Besteuerung natürlicher Personen

Aber nicht nur bei der Konsumsteuer, sondern auch bei den natürlichen Personen besteht Handlungsbedarf, weil das geltende Steuersystem in den letzten Jahrzehnten immer komplizierter und komplexer geworden ist: Das Ausfüllen der Steuererklärung bereitet vielen Steuerpflichtigen, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit beziehen, Kopfzerbrechen. Die zahlreichen Abzugsmöglichkeiten und die damit verbundenen Bestimmungen sorgen für grossen bürokratischen Aufwand.

Mit der Easy Swiss Tax weist die FDP einen konkreten Weg auf, wie das System massiv und radikal vereinfacht werden kann. Die Easy Swiss Tax entlastet die leistungsfähigen und -willigen Steuerpflichtigen, ist leistungsfördernd und beseitigt Abhalteeffekte gegenüber Zweitverdienern. Das heisst: Zweitverdiener können mehr arbeiten, ohne die Mehreinnahmen gleich den Steuerbehörden abliefern zu müssen. Die Steuerpflichtigen sollen mit weniger Daten ihre Steuersituation deklarieren und ihre Steuerschuld rasch eruieren können. Dies ist ohne substanzielle Vereinfachung des Systems der Abzüge und Ausnahmen nicht machbar und bedingt einen Systemwechsel.

Das Modell der Easy Swiss Tax sieht vor, dass die individuelle Besteuerung neu das Gesamteinkommen erfassen soll, welches sich aus Lohn und Rente abzüglich der Sozialleistungen und Nettoerträge aus selbständiger Erwerbstätigkeit zusammensetzt.

Die Easy Swiss Tax schlägt Einheitstarife und Einheitsabzüge vor: Das Gesamteinkommen soll mindestens in zwei Einkommensteile aufgeteilt werden, wobei der erste Einkommensteil zu einem tieferen und der zweite zu einem höheren Einheitstarif versteuert wird. Ein all-

fälliger dritter Einkommensteil wird wiederum stärker belastet als der zweite Einkommensteil. Ein zusätzlich verdienter Franken wird neu nicht mehr stärker besteuert. Denn Leistung soll sich lohnen.

Daneben vereinfachen Einheitsabzüge das Steuersystem substanziell und verringern den Kontrollbedarf deutlich. Die Easy Swiss Tax sieht folgende fünf grosszügig ausgestalteten Einheitsabzüge vor:

1. Berufstätigen-Pauschalabzug für Unselbständige
2. Berufstätigen-Pauschalabzug für Selbständige
3. Unterstützungspflichtigen-Pauschalabzug (Familienentlastung)
4. Rentner- und Invaliden-Pauschalabzug
5. Gemeinnützigen Abzug

Die aufgezeigten Stossrichtungen zeigen auf, wie die FDP in Steuerfragen auch weiterhin die führende Rolle spielen kann. Es gilt jetzt, der Mehrwertsteuer-Reform mit kräftiger Unterstützung zum Durchbruch zu verhelfen und die Easy Swiss Tax zum überzeugenden Modell für die Besteuerung natürlicher Personen auszugestalten.



Chance des Monats

Themen der Zukunft

Am 19. April findet in Bern der Parteitag der FDP Schweiz statt, an welchem die FDP-Themen der Zukunft vorgestellt und diskutiert werden. Verpassen Sie diese Chance nicht und bestimmen Sie die Zukunft der FDP mit.

Gesundheitspolitik

Im «Freisinn» vom 27. 2. 2008 wird in der Rubrik «Dossier» zum Thema Gesundheitspolitik die Abstimmungsvorlage vom 1. Juni erläutert. Dabei erhält man den Eindruck, dass der zur Abstimmung gelangende Gegenvorschlag zur zurückgezogenen SVP-Initiative ohne Wenn und Aber uns Freisinnigen zur Annahme empfohlen wird. Der Titel «Qualität und Wirtschaftlichkeit» täuscht, denn der Haken bei diesem Gegenvorschlag liegt in der Aufhebung des Kontrahierungszwangs und dem monistischen System. Was bedeutet das? Die Aufhebung des Kontrahierungszwangs bedeutet, dass jeder Arzt, Zahnarzt und jedes Spital mit allen 80 Krankenkassen einen Leistungsvertrag für die Grundversicherung abschliessen muss. Der Patient muss dann zu einem Arzt «seiner Krankenkasse» und in dasjenige Spital, das nicht er, sondern seine Krankenkasse akzeptiert. So bleibt von der freien Arztwahl für den Patienten nicht mehr viel übrig! Interessant wird es dann vor allem bei Notfällen: Organisieren dann vielleicht die Krankenkassen den Notfalldienst jeweils für ihre Prämienszahl-er?

Was bedeutet monistisches System? Die Spitäler werden heute etwa zu 50% von den Krankenkassen und zu 50% von den Kantonen, d. h. mit Steuergeldern, finanziert. Dieses Steuergeld sollen in Zukunft die Kantone den Krankenkassen überweisen, die dann die Spitäler bezahlen. Damit werden die Krankenkassen zum Monisten.

Helsana-Chef Manfred Manser prognostiziert einen durchaus realistischen Zusammenschluss der heute 80 Krankenkassen zu drei bis vier Grosskassen – und das bereits in wenigen Jahren. Mit dieser Konzentration verschwindet der Einfluss der Prämien- und der Steuerzahler auf unser Gesundheitssystem.

Stimmen wir diesem Gegenvorschlag zu, schreiten wir unaufhaltsam der Verstaatlichung der Medizin entgegen. Abschreckende Beispiele dieser Staatsmedizin sind der englische «National Health Service» und das deutsche, bankrotte Gesundheitswesen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Freisinnigen alle Mittel und damit auch alle Macht in die Hände der Krankenkassen legen möchten. Nur ein klares Nein zum Gegenvorschlag verhindert die Verstaatlichung der Medizin.

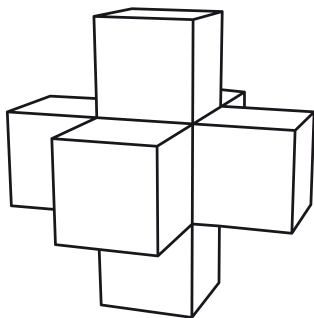
Dr. med. dent. Rolf Hess, Amriswil TG,
Vorstandsmitglied der Schweizerischen Zahnärzte-Gesellschaft SSO

Anmerkung der Redaktion:

Die Gesundheitsverfassung enthält nicht die Aufhebung des Vertragszwangs (Kontrahierungszwangs) zwischen Ärzten und Versicherungen! Die Aufhebung wird unabhängig der Verfassungsabstimmung bereits auf Gesetzesstufe beraten.

Schreiben Sie uns:

FDP Schweiz
Redaktion «Freisinn»
Postfach 6136
Neuengasse 20
3001 Bern
gnaegi@fdp.ch



FDP und öffentliches Personal

Die FDP bekennt sich zu einem liberalen und sozialen Rechtsstaat, der seine vielfältigen Aufgaben effizient erfüllt. Bejaht wird ein starker Staat von gestaltender und nicht nur verwaltender Kraft. Die Schweiz verfügt in den Gemeinwesen der verschiedenen Stufen grundsätzlich über Angestellte, die hinsichtlich Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Unbestechlichkeit auch international in hohem Ansehen stehen.

Der dienende Einsatz der Angestellten an der öffentlichen Sache (res publica) ist anzuerkennen. Es handelt sich vielfach um anspruchsvolle und attraktive Arbeit. Gegensätzliche Interessen zu versöhnen, ist eine schwierige, aber verdienstvolle Aufgabe. Als staatstragende Volkspartei vertritt die FDP auch Arbeitnehmerinteressen im privaten und öffentlichen Sektor. Der immer aktuelle Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat» richtet sich daher nicht gegen die Angestellten. Der Staat hat insbesondere nicht Aufgaben zu übernehmen, die Private besser oder gleichwertig lösen können. Angesprochen sind auch die Verringerung der Staatsquote und eine vermehrte Zurückhaltung in der Gesetzgebung.

Aus diesen Grundsätzen ergeben sich hauptsächlich folgende Thesen:

- Der Staat ist ein guter Arbeitgeber mit entsprechenden Sozialleistungen. Im Vergleich mit der Privatwirtschaft ist sein Platz nicht an der Spitze, sondern im breiten Mittelfeld.
- An knappen Personalressourcen, die rationelles und effizientes Arbeiten begünstigen, ist grundsätzlich festzuhalten. Der öffentlichen Verwaltung fehlt die Marktorientierung der privaten Wirtschaft.
- Auch in der öffentlichen Verwaltung muss das Leistungsprinzip mehr Gewicht erhalten. Dies bedeutet Mut zur Auszeichnung und Förderung der Leistungswilligen.
- Innovation und Kreativität sind in der öffentlichen Verwaltung ähnlich zentral wie in der Privatwirtschaft.
- An einem angemessenen Kündigungsschutz ist grundsätzlich festzuhalten. Dies dient der Unabhängigkeit der Angestellten. Der Kampf gegen Willkür ist ein urliberales Anliegen. Insbesondere der fruchtbare Austausch zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung ist zu fördern.
- Den spezifischen Anliegen des Kadern in der öffentlichen Verwaltung ist vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Arbeitsbedingungen sind den hohen Anforderungen anzupassen und Sonder Risiken sind separat abzugelten.
- Besonderer Wert ist auf die Verbesserung der immateriellen Arbeitsbedingungen zu legen.

Liberale Gewerkschaft

In der heutigen sozialpartnerschaftlichen Landschaft wäre eine liberale Gewerkschaft, die sich an den genannten Grundsätzen orientiert, im öffentlichen und privaten Sektor eine grosse Bereicherung. Die Kontakte zwischen der Partei (Generalsekretariat, Fraktion, Exekutivmitglieder) und den liberalen Angestellten aller Stufen sind unter Wahrung der gegenseitigen Unabhängigkeit weiter auszubauen. Die FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst müsste sich zu einer echten Interessenvertretung wandeln. Den Mitgliedern wäre bei Schwierigkeiten, Schlichtungsverfahren und gerichtlichen Auseinandersetzungen wirksame Hilfe anzubieten.

Und warum keine liberale Gewerkschaft gründen? Hier könnte sich für die FDP eine ausserordentliche Chance und Erfolgsgeschichte ergeben.

Fürsprecher Markus Beer,
Mitglied der FDP-Vereinigung öffentlicher Dienst, Bern/Ittigen

Landwirtschaft

Schweizer Qualitätsprodukte für Europa. Der Bundesrat will mit der EU über ein Freihandelsabkommen bei der Landwirtschaft verhandeln.

Ein Freihandelsabkommen für Landwirtschaftsprodukte bringt neue Chancen für die Bauern und sinkende Konsumentenpreise. Aus diesem Grund hat die FDP bereits im Rahmen der Debatte zur Agrarpolitik 2008–2011 ein entsprechendes Abkommen gefordert. Nach der Verabschiedung des Verhandlungsmandats sind nun rasch die Verhandlungen zu beginnen. Ein Landwirtschafts-Freihandelsabkommen mit der EU würde den Schweizer Bauern den europäischen Markt mit 490 Millionen Konsumentinnen und Konsumenten öffnen. Diese riesige Chance für die Schweizer Bauern muss gepackt werden. Der Zeitpunkt für ein Freihandelsabkommen ist günstig. Angesichts steigender Preise für Landwirtschaftsprodukte haben Schweizer Qualitätsprodukte in Europa grosse Absatzchancen – das Beispiel des Schweizer Käses zeigt dies. Dieser Schritt in die Zukunft erlaubt es der Schweizer Landwirtschaft, sich weiter zu modernisieren und noch wettbewerbsfähiger zu werden. Der Bundesrat muss nun so rasch wie möglich die Verhandlungen mit der EU aufnehmen.



Chance für die Landwirtschaft: der 490-Mio.-Markt EU. Bild: Keystone



SBB Cargo: Fehler und Versäumnisse.

Bild: Keystone

SBB Cargo

Linke Misswirtschaft frisst Arbeitsplätze.

Die katastrophale Situation bei SBB Cargo ist die Folge linker Misswirtschaft. Die Missstände müssen nun umgehend beseitigt werden. Eine funktionierende und rentable SBB Cargo ist auch Voraussetzung dafür, dass der Güterverkehr von der Strasse auf die Schiene verlagert werden kann.

Der ehemalige Chef von SBB Cargo, Daniel Nordmann, der ehemalige SBB-CEO Benedikt Weibel und Bundesrat Moritz Leuenberger haben die Situation viel zu lange schlittern lassen. Diese linke Seilschaft hat die notwendigen Gegenmassnahmen nicht ergriffen. Die Folgen sind Defizite und Entlassungen. Es ist nun an der aktuellen SBB-Führung, rasch zu reagieren und die gemachten Fehler zu beseitigen. Es kann nicht angehen, dass SBB Cargo Jahr für Jahr Steuergelder vernichtet.

Die FDP-Fraktion fordert, dass ohne Scheuklappen nach Lösungen gesucht wird, welche die Zukunft von SBB Cargo sichern. Ein Imageschaden für die Schweiz und die Bundesbahnen muss verhindert werden.

Dem Güterverkehrsbereich kommt nicht nur eine wichtige volkswirtschaftliche Bedeutung zu; auch für die Klima- und Umweltpolitik ist eine funktionierende SBB Cargo wichtig. Nur mit einer leistungsfähigen und langfristig überlebensfähigen SBB Cargo kann die Verlagerung der Güter von der Strasse auf die Schiene gelingen. Die Leistungen von SBB Cargo sind dafür konsequent auf die Bedürfnisse des Marktes auszurichten.

Integrieren statt lavieren

Die Schweiz braucht endlich eine echte Integrationspolitik nach dem Grundsatz Fordern und Fördern. Die bisherigen Schritte in diesem Bereich waren halbherzig und ungenügend. Die Annahme des FDP-Vorschlags durch den Ständerat in der Frühjahrssession ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Verwässerung des ursprünglichen Vorstosses darf nicht zum Vorwand genommen werden, das Thema weiter auf die lange Bank zu schieben. Um der Integration, welche alle Bürgerinnen und Bürger betrifft, den notwendigen Stellenwert zu geben und die Massnahmen in den Kantonen und Gemeinden zu koordinieren, braucht es ein

entsprechendes Rahmengesetz auf Bundesebene. Die heute geltenden Regelungen reichen nicht aus. Die bisherige Integrationspolitik wird den aktuellen und künftigen Herausforderungen nicht gerecht. Die FDP fordert eine nationale Integrationsstrategie mit nationalen Integrationsstandards. Hierfür braucht es ein nationales Rahmengesetz zur Integrationspolitik. Der Bundesrat ist nun gefordert, diese Arbeiten zügig an die Hand zu nehmen und eine nationale Integrationsstrategie zu formulieren. Die FDP hat im letzten Herbst dargelegt, wie eine solche Integrationsstrategie und ein entsprechendes Rahmengesetz aussehen könnten.

Nein zu willkürlichem und antiföderalistischem Einbürgerungsverfahren

Die Einbürgerungsinitiative der SVP verlangt, dass Entscheide der zuständigen Gemeindeorgane für die Erteilung des Bürgerrechts endgültig sind. Nein zu dieser Willkür-Vorlage.

Von Kurt Fluri, Stadtpräsident und Nationalrat, Solothurn

Die rechtliche Unanfechtbarkeit wird mit dem angeblich rein politischen Charakter eines Einbürgerungsentscheides begründet, der mit einer Abstimmung über ein kommunales Bauvorhaben oder das Gemeindebudget vergleichbar sei. Damit sollen die Rechtsfolgen zweier Bundesgerichtsentscheide («Emmen» und «SVP Zürich») aus dem Jahre 2003 rückgängig gemacht werden. Der eine Entscheid hielt fest, dass Urnenabstimmungen über Einbürgerungen systembedingt die Grundrechte der Gesuchsteller verletzen und deshalb verfassungswidrig seien. Das andere Urteil bezeichnete Nichtein-



Kurt Fluri

bürgerungsentscheide, welche ausschliesslich Gesuche von aus dem ehemaligen Jugoslawien stammenden Kandidaten betrafen, als willkürlich.

Die FDP ist der Ansicht, dass Einbürgerungsentscheide eben doch Rechtsanwendungsakte sind, in denen über die Verleihung der Staatsangehörigkeit und damit über die politischen Mitspracherechte entschieden wird. Mithin handelt es sich zwar auch um politische Entscheide, die aber eine erhebliche rechtliche Relevanz aufweisen. Damit ist aber auch gesagt, dass sie anfechtbar sein müssen. In einem indirekten Gegenvorschlag, welcher sich auf eine parlamentarische Initiative von alt Ständerat Thomas Pfisterer (FDP, AG) stützt, wird das komplexe Spannungsfeld zwischen traditioneller Einbürgerungsdemokratie und unabdingbarem Schutz des In-

dividuums überbrückt. Dabei bleibt die Verfahrenshoheit im Gegensatz zur Initiative bei den Kantonen, indem es ihnen freigestellt wird, ein Gemeindeorgan bis hin zur Gemeindeversammlung als zuständig zu erklären. Bloss Urnenabstimmungen wären nicht mehr zugelassen. Im Gegensatz zur Volksinitiative wird somit den Kantonen der grösstmögliche Handlungsspielraum überlassen und dennoch Rechtssicherheit geschaffen. Die antiföderalistische und der Willkür Tür und Tor öffnende Initiative widerspricht liberalen Auffassungen und ist deshalb – in Kenntnis des rechtsstaatlich einwandfreien und föderalistisch ausgestalteten Gegenvorschlages – abzulehnen.

Volkssouveränität statt Behördenpropaganda

Nein zu einem Maulkorb!

Die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» will die Informationstätigkeit von Bundesrat und Bundesverwaltung nach Abschluss einer parlamentarischen Debatte verbieten.

Von Ständerätin Christine Egerszegi-Obrist, Mellingen

Zulässig vor Volksabstimmungen sollen nur noch eine kleine sachliche Broschüre und eine einmalige kurze Information des zuständigen Departementsvorstehers sein. Damit wären den Bundesräten Medienauftritte oder Teilnahmen an Informations- oder Abstimmungsveranstaltungen verwehrt, und es würde ihnen in der Tat ein «Maulkorb» verpasst.

Diese Initiative war eigentlich eine Reaktion auf die Abstimmung über die bilateralen Verträge mit der EU. Es war wichtig, dass der Bundesrat die verschiedenen Abkom-



Christine Egerszegi

men vorstellen und seine Argumente für deren Unterzeichnung mit Zahlen darlegen konnte, damit die

Bürgerinnen und Bürger den Nutzen und die Notwendigkeit beurteilen und abwägen konnten. Bei schwierigen und umfangreichen Vorlagen, wie bei der neuen Bundesverfassung oder dem Finanzausgleich, waren solche zusätzliche Informationen unbedingt nötig.

Die «Maulkorb»-Initiative hatte im Parlament keine Chance. Der Ständerat lehnte sie mit 38:2 und der Nationalrat mit 134:61 ab. Hingegen zeigte die Diskussion, dass es sinnvoll wäre, die Rolle des Bundesrates bei Volksabstimmungen zu klären und mit einer entsprechenden Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte

festzuschreiben, dass der Bundesrat die Stimmberechtigten sachlich, transparent und verhältnismässig zu informieren hat.

Mit dieser Präzisierung der Informationstätigkeit des Bundesrates vor Abstimmungen hat das Parlament mit einem indirekten Gegenentwurf auf die «Maulkorb»-Initiative reagiert. So war es absolut im Sinne des Parlamentes, dass sich der damalige Justizminister persönlich für die Annahme des neuen Asyl- und Ausländergesetzes im ganzen Land eingesetzt hat, und solche Einsätze wären nur bei einem NEIN zur «Maulkorb»-Initiative auch weiterhin möglich.



Brupbacher ist für die April-DV gerüstet

Beschleunigen der internen Prozesse

Der neue Generalsekretär, Stefan Brupbacher, nutzte die Gelegenheit, am «Ehemaligen-Treffen» vom 12. März 2008 drei wichtige Punkte aufzuzeigen, welche in nächster Zeit umgesetzt werden müssen.

rus. Gleich zu Beginn von Brupbachers Auftritt wurde deutlich, dass der neue Mann auf dem Generalsekretariat seine Aufgabe voller Optimismus und Tatendrang angeht. Dies immer im Bewusstsein, dass die FDP hart am Wind segelt. «Weil dieser Wind von links und rechts kommt», so Brupbacher, «werden wir alles daransetzen, diese Situation nicht im «Sandwich», sondern mit einer «Herausforderungsstrategie» anzupacken.»

In der Folge zeigte der Generalsekretär drei Problempunkte auf, welche der Freisinn angehen muss: Teamgeist fördern, Kernthemen definieren und schlagfertige Parteistrukturen.

Schluss mit Flügelkämpfen

«In den vergangenen Jahren haben uns Strategiewechsel und Flügelkämpfe Verluste gebracht. Künftig muss die Partei namentlich in Kernthemen geschlossen auftreten. Das bedeutet nicht, dass wir keine unterschiedlichen Meinungen mehr haben dürfen. In Kernthemen sollen diese aber vor der Festlegung der Parteilinie ausdiskutiert werden und die Position dann gemeinsam vertreten werden.» Gerade mit dem Auftritt bei den «Ehemaligen» zeigte Brupbacher auf, dass es möglich ist, unterschiedliche Jahrgänge und Meinungen zu einem Team zu formen.

Programmatische Fokussierung

«Für viele FDP-Mitglieder», so Brupbacher, «ist der Freisinn die für alles verantwortliche Leaderpartei. Mit unserem heutigen Wähleranteil ist das – leider – klar nicht mehr der Fall.» Trotzdem besteht weiterhin die Gefahr, dass in Wahlkämpfen zu viele Themen aufgegriffen werden. In der heutigen Medien-

landschaft müsse man sich auf drei bis vier Themen konzentrieren. Diese müssen die Sorgen der Wähler treffen und Emotionen schaffen. Anders als die konservativen Angstparteien von links und rechts muss die FDP aber auch konkrete Lösungen vorschlagen und diese dann «tausendmal wiederholen». Um diese Botschaften unters Volk zu bringen, werden auf nationaler Ebene sogenannte «Leuchttürme» aufgebaut, welche mit kantonalen Leuchttürmen und Fachleuten ergänzt werden.

Das Generalsekretariat – eine Kampfmaschine

Ein zentraler Punkt, den die FDP Schweiz angeht, sind «schlagfertige Strukturen». Um dies umzusetzen, denkt Brupbacher nicht an einen personellen Ausbau des Generalsekretariates, sondern an den Umbau zu einer «Kampfmaschine». Der rasche Austausch mit den Kantonalparteien ist dem neuen Generalsekretär ein besonderes Anliegen. So bringt es Brupbacher auf den Punkt: «Das einzelne Parteimitglied muss rasch wissen, was führende FDP-Experten in einem Zeitungsinterview wirklich gesagt haben. Nur so wird es möglich sein, dass unsere Basis zu einzelnen Standpunkten klar Stellung beziehen kann. Wenn diese in einer Stunde bei der Basis sind, werden es die politischen Gegner schwer haben, unsere Aussagen ins Gegenteil zu verdrehen.» Weiter verstärkt werden soll auch die von den Ehemaligen als zentral betonte Zusammenarbeit mit Experten. Expertenwissen ist zentral für das Erarbeiten liberaler Positionen. Allerdings: Künftig geht es noch mehr um Projektarbeit: «Will sich die FDP klar und schnell



Stefan Brupbacher zeigte auf, wo die FDP Zusatzwähler abholen kann.



Auch Oscar Fritsch, Erich Müller und Käthi Bangeter waren unter den zahlreichen Teilnehmern.

Bilder: rus

positionieren, müssen Experten zeitlich flexibel sein, auch über E-Mail arbeiten und akzeptieren, dass unsere Forderungen nicht bis ins letzte Detail ausgearbeitet und austariert sind. Vielmehr müssen unsere Lösungen dem Bürger ver-

ständig sein und die FDP profilieren.» Die angeregte Diskussion mit den «Ehemaligen» bestätigte diesen, dass viele alte Weisheiten heute noch ihre Gültigkeit haben und dazu angetan sind, Wahlkämpfe zu gewinnen.

Generalversammlung

Jacqueline de Quattro übernimmt die «flamme radicale»

Regierungsrätin Jacqueline de Quattro (VD) ist anlässlich der Generalversammlung in Chur zur neuen Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz gewählt worden. Sie will sich für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gemischte Teams und Lohnungleichheit einsetzen. Zu den Kernanliegen der neuen Frauen-Präsidentin gehört aber auch ein verstärktes Engagement in den Bereichen Sicherheit und Umwelt.



Da blieb kein Auge trocken – Ovationen für die abtretende Präsidentin Marianne Dürst (rechts Grossrätin und Kassierin Erika Schibli).



Die Findungskommission unter Leitung von Ständerätin Christine Egerszegi empfahl die Wahl von Jacqueline de Quattro.

Von Barbara Perriard, Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz

Mehr als 130 Personen sind der Einladung der FDP-Frauen Schweiz und der FDP-Frauen Graubünden

gefolgt und haben am 1. März an der Generalversammlung in Chur teilgenommen. Die FDP-Frauen Schweiz haben zunächst mit einer Statutenänderung die Aufnahme

der liberalen Frauen beschlossen. Dieses wichtige politische Signal für die FDP und die LPS wurde heftig beklatscht und von Françoise Longchamp, der Präsidentin der

Liberalen Partei der Stadt Lausanne, im Namen vieler liberaler Frauen als Meilenstein in der Ge-

Fortsetzung auf Seite 14



Regierungsrätin de Quattro wusste mit ihrer Antrittsrede zu begeistern.



Prominente Unterstützung aus der Waadt. Ex-Ständerätin Christiane Langenberger wirbt für Jacqueline de Quattro.



Claudine Esseiva und Antoinette de Weck wollen im Kanton Freiburg eine freisinnig-liberale Frauengruppe auf die Beine stellen.



Top-Frauen unter sich: Nationalrätin Corina Eichenberger (AG), Nationalrätin Isabelle Moret (VD) und Jacqueline de Quattro.



Politologe Werner Seitz lobte die FDP-Frauen für ihren Einsatz im Wahlkampf 07.



Grossrätin Annemarie Perl im Einsatz. Sie ist die designierte Präsidentin der FDP-Frauen Graubünden.



Im Gespräch: Marianne Dürst mit Ex-Regierungsrätin Stephanie Mörkofer (rechts).



Kompetente Ausführungen von Dr. Barbara Frei, Stadtparlament St. Gallen, zum Thema Gebärmutterhalskrebs.

Fortsetzung von Seite 13

schichte der beiden Parteien gewürdigt.

Ovationen für Marianne Dürst

Danach hiess es Abschied nehmen: Die langjährige Präsidentin, Regierungsrätin Marianne Dürst, wurde mit stehenden Ovationen verabschiedet. Nicht nur sie selber, sondern auch viele ihrer Weggefährtinnen hatten Tränen in den Augen. Marianne Dürst war den FDP-Frauen Schweiz während 7 Jahren vorgestanden. Sie hat die FDP-Frauen während ihrer Amtszeit professionalisiert und zur einzigen liberalen Frauenlobby der Schweiz formiert. In ihrer Abschiedsrede «Die 7 ist alles» wünschte die scheidende Präsidentin, dass im Bundesrat demnächst auch eine Vertreterin der freisinnig-liberalen Frauen Einsitz nimmt. Ihr Wunsch ist den FDP-Frauen Befehl!

In Anlehnung an «The Queen is dead – long live the Queen!» haben die FDP-Frauen anlässlich der Generalversammlung ihre neue Präsidentin bestimmt. Die FDP-Frauen sind dabei ohne Wenn und Aber der Empfehlung der Findungskommission unter Leitung von Ständerätin Christine Egerszegi-Obrist (AG) gefolgt und haben die Waadtländer Regierungsrätin Jacqueline de Quattro einstimmig zur neuen Präsidentin gewählt.

Jacqueline de Quattro begeistert

Jacqueline de Quattro steht seit Frühjahr 2007 der Sicherheits- und Umweltdirektion des Kantons Waadt vor. Zuvor hatte die perfekt zweisprachige Anwältin und ehemalige Schweizer Meisterin im Judo unter anderem das FDP-Projekt «gerechte Schweiz» geleitet. Zentrale Ideen und Positionen der FDP-Frauen Schweiz, wie die Betreuungsgutscheine oder der Abbau bürokratischer Hindernisse bei Kinderkrippen, wurden in diesem Positionspapier aufgenommen. Die neue Präsidentin verwies in ihrer Antrittsrede darauf, dass in Sachen



Vizepräsidentin und Kantonsrätin Irene Thalmann würdigte Marianne Dürst mit Anekdoten aus ihrer Amtszeit.



Strahlend – die neue Präsidentin der FDP-Frauen Schweiz.

Gleichstellung in den vergangenen Jahren vieles erreicht worden sei, einiges aber zu tun bleibe. Grosse Herausforderungen bestünden insbesondere im Bereich der Wirtschaft. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gemischte

Teams mit mehr Frauen auf allen Unternehmensstufen wie auch die Lohngleichheit von Frau und Mann will Jacqueline de Quattro zusammen mit den freisinnig-liberalen Frauen vorantreiben. Im Weiteren möchte sie aber auch

einen besonderen Akzent bei den Themen Sicherheit und Umwelt setzen.

Sämtliche Referate und Präsentationen sowie weitere Impressionen der Generalversammlung in Chur finden Sie unter www.fdp-frauen.ch.



Erste Instruktionen für Generalsekretärin Barbara Perriard.



«Oder wollt ihr ein Glas Prosecco?» Die FDP-Frauen feiern die Feste, wie sie fallen.

Kongress der jungfreisinnigen schweiz in Bellinzona

Vom 14. bis 16. März 2008 trafen sich die jungfreisinnigen schweiz in Bellinzona zu ihrem alljährlichen Kongress. Neben der Erneuerung des Vorstandes stand vor allem die statutarische Vorbereitung der voraussichtlichen Fusion mit den Jungliberalen im Zentrum. Auch ein interessantes Rahmenprogramm trug dazu bei, dass der Anlass zum vollen Erfolg wurde.

Von Juliette Hotz, Vorstandsmitglied jfs, Leiterin Arbeits- und Bildungspolitik

Nach einer Besichtigung der Stadt und den beeindruckenden Burgen von Bellinzona fanden sich die jungfreisinnigen schweiz zum statutarischen Teil ihres Kongresses zusammen. Nationalrat Ignace Cassis begrüsst die zahlreichen Delegierten und die aus Deutschland und den Niederlanden angereisten internationalen Gäste zusammen mit Lena Schneller, Präsidentin der jfs, und Krizia Genini, Präsidentin der jf Tessin.

Fusion mit den Jungliberalen

Im Zentrum des diesjährigen Kongresses stand die statutarische Vorbereitung der voraussichtlichen Fusion der jungfreisinnigen schweiz mit den Jungen Liberalen. In einigen Westschweizer Kantonen wurde die Fusion bereits vollzogen. Es war daher auch nicht erstaunlich, dass eine Fusion auf Schweizer Ebene bei den Delegierten auf grosse Zustimmung stiess. Über die eigentliche Fusion wird erst am 12. April 2008 in Neuenburg entschieden.

Die vorwiegend in der Romandie aktiven Jungen Liberalen werden die frankophone Vertretung bei den jungfreisinnigen schweiz stärken und so zu einem noch grösseren Engagement (auch) in der Westschweiz beitragen können. In einer Übergangsphase werden zwei Vertreter der Jungen Liberalen Einsitz im Vorstand haben.

Neuer Vorstand

Der neue Vorstand setzt sich aus folgenden jungfreisinnigen Mitglie-

dern zusammen: Lena Schneller (ZH) wurde als Präsidentin bestätigt, ebenso die beiden Vizepräsidenten Adrian Michel (TG) und Philippe Nantermod (VS). Der Kassier Stefano Rizzi (TI) und die beiden Beisitzer Juliette Hotz (BE) und Simon Berther (GR) wurden ebenfalls wiedergewählt. Neu im Vorstand vertreten sind Brenda Mäder (TG), Jenny Beeler (ZG) und Nicola Pini (TI). Das Amt des International Officer wird neu durch Alain Schreiner (ZH) besetzt.

Englisch als Amtssprache?

Im Anschluss an den ordentlichen Teil des Kongresses fand eine Podiumsdiskussion zur Thematik «Englisch als Amtssprache?» statt. An der von Stefano Rizzi und Nicola Pini geleiteten Diskussion nahmen Regierungsrat Gabriele Gendotti, Nationalrat Ignace Cas-

sis, Daniela Lepori (Delegierte der jf Tessin), Philippe Natemod, Philip Kristensen (politischer Sekretär der FDP) und Patrizia Friederich-Pescetti (Vorstandsmitglied von Helvetia Latina) teil. Die Diskussion drehte sich vor allem um die Frage, wie eine möglichst gute Verständigung unter den verschiedenen Sprachregionen in der Schweiz gewährleistet werden kann. Alle waren sich einig, dass Englisch als Amtssprache in der Schweiz nicht in Frage kommt. Vielmehr sollen die Sprachkenntnisse in den Landessprachen vertieft werden. Philippe Nantermod, Vizepräsident der Jungfreisinnigen aus dem Wallis, betonte, dass für die Westschweizer vor allem das Schweizerdeutsch ein grosses Hindernis darstelle. Er regte daher an, dass alle Deutschschweizer Radio- und TV-Sendungen im Interesse der

interkantonalen Verständigung auf Hochdeutsch ausgestrahlt werden sollten, bzw. zumindest hochdeutsche Untertitel eingeblendet werden. Gabriele Gendotti bemängelte vor allem, dass dem Sprachunterricht in den Landessprachen insbesondere in der Deutschschweiz zu wenig Wert beigemessen werde. Englisch sei schon wichtig, aber es sei auch wichtig, dass man sich in den Landessprachen verständigen könne. Als Schweizer habe man die einmalige Chance, Fremdsprachenkenntnisse im eigenen Land zu vertiefen. Es müsse daher viel mehr auch ein Austausch zwischen den Sprachregionen stattfinden.

Der Kongress klang bei einem gemütlichen Abendessen in Ascona und einer Weinprobe in Mendrisio aus.



Brenda Mäder und Jenny Beeler, neu gewählte Beisitzerinnen der jungfreisinnigen schweiz.

Neuer Vorstand

Rochade im Vorstand der jungfreisinnigen schweiz

Am Kongress der jungfreisinnigen schweiz wurden langjährige Vorstandsmitglieder sowie der Generalsekretär verabschiedet.

Von Juliette Hotz, Vorstandsmitglied jfs, Leiterin Arbeits- und Bildungspolitik

Drei langjährige Vorstandsmitglieder und der Generalsekretär der jungfreisinnigen schweiz wurden am diesjährigen Kongress von den Delegierten verabschiedet. Silvan Amberg hatte sich als Leiter der Arbeitsgruppe Soziales zum Experten für Sozialversicherungen entwickelt und ermöglichte es den jungfreisinnigen, dank ausgefallenen Kampagnenideen immer wieder auf sich aufmerksam zu machen. Adrian Ineichen positionierte die jungfreisinnigen in den internationalen Gremien der Liberalen während seines Engagements als International Officer. Gisela Oreiller unterstützte die jungfreisinnigen mit ihren ausgezeichneten sprachlichen Fähigkeiten im Bereich der Kommunikation. Sie war Leiterin des Accent und koordinierte die jungfreisinnigen Seiten des «Freisinns».

Ihrem Generalsekretär, Simon Hofstetter, haben die jungfreisinnigen schweiz vieles zu ver-

danken. In seiner langjährigen Tätigkeit hat er nicht nur Konstanz in eine sich ständig wandelnde Parteiführung gebracht, er hat auch Know-how entwickelt, von dem die jungfreisinnigen in vieler Hinsicht profitiert haben. Gekrönt wurde seine Arbeit, als er die jungfreisinnigen 2007 erfolgreich durch den Nationalratswahlkampf führte.

Neu in den Vorstand gewählt wurden engagierte jungfreisinnige, welche insbesondere die Vertretung der Zentralschweiz und des Tessins in der Parteileitung sichern.

Jenny Beeler (ZG) ist Studentin für Wirtschaftskommunikation und hat als Parteisekretärin der FDP Zug, als Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Zug und als Mitinitiantin der FDP-Arbeitsgruppe «Fokus Ökologie» schon reichlich politische Erfahrung.

Brenda Mäder (TG) studiert Betriebswirtschaftslehre und ist im Vorstand der jungfreisinnigen thurgau. Sie hat sich schon in mehreren Wahlkämpfen engagiert und sich auch beruflich

mit Strategieberatung und Innovationsmanagement auseinandergesetzt.

Nicola Pini (TI) befindet sich in den letzten Zügen des Geschichtsstudiums und wird nächstes Jahr mit der Dissertation beginnen. Während des Studiums hat er sich aus journalistischer Perspektive mit der Politik auseinandergesetzt.

Alain Schreiner (ZH) ist Student der Rechtswissenschaften. Er ist Vorstandsmitglied der jungfreisinnigen kanton zürich, Präsident der jungfreisinnigen bezirk meilen und im Vorstand der FDP Bezirk Meilen. Seit 2004 engagiert er sich in der jungfreisinnigen Arbeitsgruppe Internationales und war zuletzt deren Stellvertretender Leiter. Diese Arbeit möchte er als International Officer weiterführen.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den neugewählten Vorstandsmitgliedern der jungfreisinnigen schweiz und wünschen ihnen bei ihrer Tätigkeit viel Erfolg.

Lasst uns die EU befürworten

Gedanken zum Verhältnis EU-Schweiz nach drei Monaten Exil in Brüssel

Von Silvan Amberg

Feuerzeuge, die aussehen wie Früchte, sollen vom europäischen Markt verschwinden. So ungefähr lautet ein Vorschlag der EU-Kommission, der dazu beitragen will, dass in der EU weniger Häuser durch spielende Kinder abgefackelt werden.

Solche Beispiele europäischer Gesetzgebung mögen uns belustigen und werden auch gerne von den Medien aufgegriffen und parodiert. Doch sie sollten uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass in weniger beachteten Politikbereichen unter anderem eine Wirtschaftsliberalisierung vorangetrieben wird, wie sie ihresgleichen sucht. Die Schweiz, welche gerne ein bisschen auf die EU hinunterblickt, muss plötzlich zuschauen, wie sie bei der Postliberalisierung oder in



Silvan Amberg

der Klimapolitik von der EU überholt wird.

Auf der anderen Seite hat die Schweiz durch ihre Unabhängigkeit auch einige Vorteile, namentlich im Steuerbereich oder im Arbeitsrecht. Solche Vorteile müssen zuweilen auch gegen ausländische Interessen verteidigt werden. Dabei müssen jedoch gerade wir Freisinnigen

aufpassen, dass wir uns nicht ins Anti-EU-Lager ziehen lassen. Ein EU-Gegner und ein EU-Beitritts-Gegner ist nämlich bei weitem nicht dasselbe.

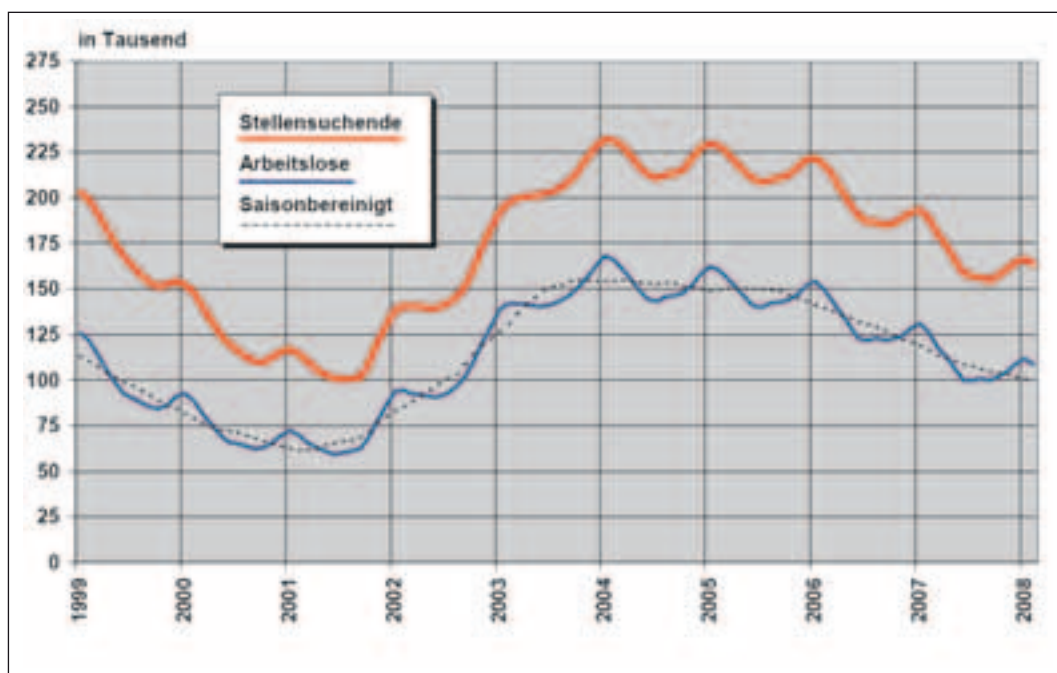
Wenn sich die Haltung gegenüber der EU in der Schweiz weiter verschlechtert, verlieren schlussendlich alle. Bereits heute kann man erkennen, dass das Anti-EU-Argument für alle möglichen protektionistischen Interessen missbraucht wird. So wird heute das Agrarfreihandelsabkommen als Schritt zum EU-Beitritt bezeichnet, oder der Arbeitsmarkt soll mit allerlei «flankierenden» Massnahmen von «billigen» EU-Arbeitskräften abgeschottet werden. Wenn ich von Brüssel aus in Schweizer Zeitungen lesen muss, dass Schweizer Politiker die EU als «Bittstellerin» bezeichnen oder fordern, dass die EU

ihre Steuerforderungen zurückziehe, weil sonst die Schweiz die Personenfreizügigkeit nicht mehr verlängere (von welcher ja vor allem die Schweiz profitiert), dann ist das so grotesk, dass die Schweizer in Brüssel nur beten können, dass EU-Beamte und -Bürger keine Schweizer Zeitungen lesen. Umso mehr erstaunt es, dass solche Äusserungen in der Schweiz bereits salonfähig geworden sind.

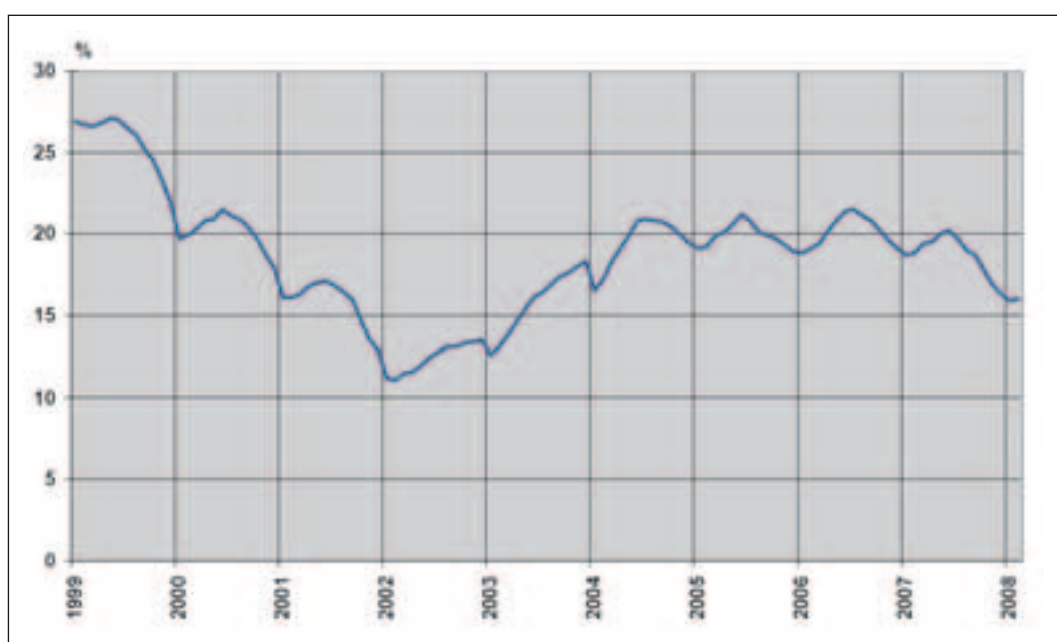
Alles in allem glaube ich, dass die Freisinnigen mit ihrer Europapolitik bisher gut gefahren sind. Doch könnte die Zusammenarbeit mit der EU noch etwas weniger als Sachzwang und etwas mehr als zentrale Chance für den Schweizer Wohlstand portiert werden. In diesem Sinne lasst uns fortan sagen: «Ich bin für die EU, aber gegen einen Beitritt der Schweiz.»

Die Arbeitslosenversicherung nachhaltig fit trimmen

Die Schweizer Wirtschaft läuft auf Hochtouren. Das Wirtschaftswachstum 2007 beträgt starke 3,1%. Die Schweizer Nationalbank prognostiziert für das laufende Jahr ein robustes Wirtschaftswachstum von 2%. Die guten Wirtschaftsdaten schlagen sich auch auf den Arbeitsmarkt nieder. Seit gut vier Jahren (mit saisonal bedingten kurzfristigen Erhöhungen) befindet sich die Arbeitslosigkeit erfreulicherweise im Sinkflug.



Arbeitslose und registrierte stellensuchende Personen.



Anteil der Langzeitarbeitslosen am Total der Arbeitslosen.

Quelle: Bundesamt für Statistik, Staatssekretariat für Wirtschaft Seco

Ebenfalls sinkt der Anteil der Langzeitarbeitslosen am Total der Arbeitslosen seit zwei Jahren kontinuierlich. Die Meldung des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zur aktuellen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist hocherfreulich: Ende Februar dieses Jahres waren 108 457 Arbeitslose bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) angemeldet. Das sind gegenüber dem Vormonat 3 420 Arbeitslose weniger. Die Arbeitslosenquote beträgt somit neu 2,7%. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich gegenüber Februar 2007 um 17 938 Personen (-4,2%). Für das laufende wie auch für das kommende Jahr wird weiterhin mit einer sinkenden Arbeitslosigkeit gerechnet. Weiter erfreulich ist, dass die Beschäftigtenzahl seit geraumer Zeit ansteigt. Ende 2007 wurden gegenüber dem Vorjahr schweizweit 100 000 mehr Personen beschäftigt.

Eine gut florierende Wirtschaft sowie sinkende Arbeitslosenzahlen: Bei diesen höchst erfreulichen Meldungen müsste die Kasse der Arbeitslosenversicherung (ALV) prall gefüllt sein. Die Realität sieht aber anders aus. Die Jahresrechnung 2006 wies einen Verlust von über 1 Milliarde Franken auf. Und auch 2007 verbuchte die ALV ein Minus von 180 Mio. Franken – und dies trotz der tiefen Arbeitslosenquote von 2,7%. Per Ende letzten Jahres betrug der Schuldenberg 5 Mrd. Franken. Auch eine weiter sinkende Arbeitslosenquote kann den Schuldenberg alleine nicht abtragen. Daher ist es verständlich, dass der Bundesrat erst jetzt mit grosser Verspätung eine Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) in die Vernehmlassung schickt. Kernpunkt des AVIG ist dabei die Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl. Gemäss bundesrätlichem Vorschlag soll die Finanzierung der ALV neu an einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 125 000 Personen statt wie bisher 100 000 ausgerichtet werden. Die starke Anhebung der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl ist verständlich: Das Seco geht in den kommenden Jahren von weiter sinkenden Arbeitslosenzahlen aus. Die durchschnittliche Arbeitslosenzahl für

die Periode 2006 bis 2009 bewegt sich dabei nur knapp über der gemäss heutigem Gesetz geltenden Referenzzahl von 100 000. Eine Anhebung auf 125 000 gehört daher in das Reich der Fantasien. Die Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl würde für die ALV zu einem Mehraufwand von gegen einer 1 Mrd. Franken führen. Um dieses Loch zu stopfen, schlägt der Bundesrat eine Erhöhung des ALV-Beitrages um 0,2 Prozentpunkte (von heute 2,0 auf neu 2,2%) vor. Notabene werden mit diesem Schritt noch keine Schulden abgebaut. Dafür sieht der Bundesrat vor, die Lohnbeiträge nochmals um 0,2 Prozentpunkte auf 2,4% zu erhöhen. Des Weiteren ist für die Besserverdienenden ein Solidaritätsbeitrag von 1% vorgesehen. Die Erhöhung des Lohnbeitrages auf

2,4% und der Solidaritätsbeitrag würden wieder abgeschafft werden, sobald das Guthaben des ALV-Ausgleichsfonds wieder einen Betrag von 1 Mia. Franken erreicht hat.

Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Lösungen zur ALV-Sanierung weisen grundsätzlich in die falsche Richtung. Die präsentierten ausgabenorientierten Massnahmen sind zwar begrüssenswert, doch gehen sie zu wenig weit. Zudem führen die einnahmenseitigen Massnahmen, nämlich die Erhöhung der Lohnbeiträge, zu einer völlig unnötigen Verteuerung des Faktors Arbeit, der für die Schweizer Wirtschaftsentwicklung doch so wichtig ist. Um im internationalen Wirtschaftswettbewerb bestehen zu können, wäre für die Schweiz die Verteuerung des Faktors Arbeit ein grosser Nachteil. Die FDP fordert deshalb, dass sich

die anstehende Reform der ALV auf die Leistungsseite konzentriert. Mit dieser Forderung werden die bestehenden Fehlanreize korrigiert und die Ausgaben gebremst.

Kosten verursachende Fehlanreize müssen beseitigt werden

Die heute geltenden gesetzlichen Rahmenbedingungen der ALV schaffen bei den Arbeitgebern wie bei den Versicherten Fehlanreize, die nun mit der anstehenden AVIG-Revision unbedingt beseitigt werden müssen. Aus Sicht der FDP ist der Fokus auf die rasche Wiedereingliederung arbeitsloser Personen in den Arbeitsprozess zu legen. Hätte man diese Korrekturen schon früher vorgenommen, so hätte die Bezugsdauer von ALV-Leistungen gesamthaft verkürzt und die Sanierung dieser Sozialversicherung ohne drastische Eingriffe wie die Erhöhung von Lohnabzügen in die Wege geleitet werden können. Die FDP fordert daher weitergehende Massnahmen auf der Leistungsseite.

Weniger Fehlanreize bei der Beitragsdauer

Gemäss Vorschlag des Bundesrates liegt bei einer Beitragsdauer von 12 Monaten die Taggeld-Bezugsdauer neu bei 260 Tagen (heute: 400 Tage), während die Bezugsdauer bei einer 15-monatigen Beitragsdauer unverändert bei 400 Tagen (80 Wochen) liegt. Mit einer nur 3 Monate längeren Beitragsdauer steigt die Bezugsdauer um 140 Tage. Dieser Anstieg innerhalb so kurzer Zeit ist zu steil und führt zu Fehlanreizen. Es braucht hier eine Abflachung der Kurve. Aus Sicht der FDP soll der Bundesrat die Variante mit einer Bezugsdauer von 400 Tagen nach einer Beitragsdauer von 24 Monaten berechnen. Konkret würde die Skalierung wie folgt aussehen:

- 12 Monate geleistete ALV-Beiträge berechtigen zu höchstens 260 Bezugstagen
- 18 Monate geleistete ALV-Beiträge berechtigen zu höchstens 320 Bezugstagen

- 24 Monate geleistete ALV-Beiträge berechtigen zu 400 Bezugstagen

Kürzung der Bezugsdauer bei kurzer Arbeitstätigkeit:

Bei einer Beitragsdauer von 12 Monaten schlägt der Bundesrat eine Kürzung der Bezugsdauer auf 260 Tage (52 Wochen) vor. Hier soll die Kürzung der Bezugsdauer auf 200 Tage (40 Wochen) geprüft werden. Auf diese Weise verkürzt sich namentlich auch der Taggeldanspruch von Personen, die nur eine kurze Zeit in der Schweiz gearbeitet haben. Entsprechend ist der im vorstehenden Paragraph erläuterte Vorschlag einer flacheren Skalierung der Beitragsfristen gegenüber der Bezugsdauer anzupassen.

Kürzung der Bezugsdauer nach Auslandsaufenthalt:

Nach einer Karenzfrist von einem Jahr soll die Bezugsdauer für aus dem Ausland zurückkehrende Personen sowie Studierende 260 Tage betragen. Die FDP fordert die Prüfung einer weiteren Senkung der Bezugsdauer auf 200 Tage. Eine möglichst rasche Reintegration der aus dem Ausland zurückkehrenden Personen sowie der Studierenden ist zentral. Der Wiedereintritt ins Erwerbsleben ist auch für die gesellschaftliche Integration der aus dem Ausland zurückkehrenden Personen wichtig. Das Gleiche gilt für Studierende: Ein möglichst rascher Bezug zur Arbeitswelt ist wichtiger als eine lange Suche nach dem potenziellen Idealjob.

Abbau der Schlechtwetter- und Kurzarbeitsentschädigung:

In diesem Bereich besteht ein Sparpotenzial von bis zu 100 Mio Franken pro Jahr. Auch wenn in diesem Bereich mit Opposition seitens der Baubranche und der Gewerkschaften zu rechnen ist, macht eine detaillierte Berechnung aus Sicht der FDP durchaus Sinn.

«Begriffserklärungs-Box»

Arbeitslose Personen

Eine Person wird als arbeitslos bezeichnet, wenn sie auf der Suche nach Arbeit ist und bei der ALV als arbeitslos gemeldet ist. Die Person erhält als Erwerbslosersatz Taggeld. Der Bezug des Taggelds setzt voraus, dass die Person genügend lange gearbeitet hat und die Prämien für die ALV bezahlt wurden. Heutzutage beträgt das Taggeld 80% des letzten Lohnes. Das Taggeld wird für Personen unter 55 Jahren während 400 Tagen zu 80%, bei über 55-Jährigen während 520 Tagen zu 80% ausbezahlt. Nach Ablauf der Bezugsfrist wird die Person ausgesteuert und entsprechend auch nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik berücksichtigt.

Registrierte stellensuchende Personen

Bei den registrierten Stellensuchenden werden alle arbeitslosen und nichtarbeitslosen Personen zusammengefasst, welche sich beim RAV eingeschrieben haben und auf der Suche nach einer Stelle sind.

Erwerbslose Personen

Eine erwerbslose Person hat wie der Arbeitslose keine Beschäftigung und ist ebenfalls auf der Suche nach einer Arbeitsstelle. Im Gegensatz zum Arbeitslosen ist der Erwerbslose nicht (mehr) bei einem Arbeitsvermittlungszentrum angemeldet. Will heissen, dass bei den Erwerbslosen auch die ausgesteuerten Personen mitgezählt werden. Dies schlägt sich in den unterschiedlichen Zahlen bei der Arbeitslosen- und Erwerbslosenstatistik nieder: Während die Arbeitslosenrate im Februar 2008 bei 2,7% lag, betrug die Erwerbslosenrate 4,1%.

FDP-Fraktion unter neuer Führung

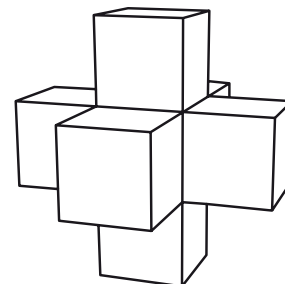
Die FDP-Fraktion hat ihre Führung neu bestimmt. Nationalrätin Gabi Huber übernimmt das Fraktionspräsidium von Ständerat Felix Gutzwiller. Unterstützt wird sie durch die Vizepräsident/innen Martine Brunschwig Graf, Erika Forster und Didier Burkhalter, der auch die Leitung der ständerätlichen Gruppe übernimmt.



Führen neu die FDP-Fraktion: Erika Forster, Ständerätin SG, Didier Burkhalter, Ständerat NE, Gabi Huber, Nationalrätin UR, und die liberale Genfer Nationalrätin Martine Brunschwig Graf (v.l.n.r.).

Die FDP-Fraktion hat die Urner Nationalrätin Gabi Huber zur neuen Präsidentin gewählt. Bis anhin amtierte sie als stellvertretende Fraktionspräsidentin. Gabi Huber tritt die Nachfolge von Ständerat Felix Gutzwiller (ZH) an, der die Fraktion seit 2005 führte.

Für das Vizepräsidium bestätigt wurden Ständerätin Erika Forster (SG) und Ständerat Didier Burkhalter (NE). Neu im Vizepräsidium ist die liberale Genfer Nationalrätin Martine Brunschwig Graf. Damit nimmt erstmals ein Mitglied der LPS im Präsidium der FDP-Fraktion Einsitz.



Mehr Wachstum und Demokratie, weniger Verhinderung

Die Abstimmung im Nationalrat und die Unterstützung durch Bundesrat und economie-suisse zeigen: Die FDP-Initiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts hat im Volk Chance auf Erfolg.

**Von Nationalrat Markus Hutter,
FDP ZH, Mitglied
des Initiativkomitees**

Während Jahren haben die Medien versucht, die FDP-Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts zu diskreditieren. Doch spätestens seit der Nationalrat in der Frühlings-session die Initiative nur hauchdünn abgelehnt hat (mit 84:88 Stimmen, bei 12 Enthaltungen!), ist auch Skeptikern klar: Diese Initiative hat vor dem Volk Chance auf Erfolg!

Die Volksinitiative ist schweizweit verwurzelt: Sie wurde von 120 000 Schweizerinnen und Schweizern unterzeichnet, wobei 80 000 Unterschriften ausserhalb des Kantons Zürich gesammelt wurden. Auch parteiintern wird die Initiative unterstützt: 21 FDP-Kantonalparteien hatten sich an der Sammlung beteiligt. Sowohl die Geschäftsleitung der FDP Schweiz wie auch die Kantonalparteiprääsidenten und jüngst die Bundeshausfraktion haben sich für die Initiative ausgesprochen. Und zwar deutlich: Im Nationalrat stimmten 28 Parlamentarierinnen und Parlamentarier für die Einschränkung des VBR, 7 enthielten sich. Es gab keine einzige Stimme dagegen.

Die parlamentarische Phase hat gezeigt, dass unser Anliegen berechtigt ist: Im Mai 2007 hat der Bundesrat der Initiative zugestimmt. Der Ständerat hat im Dezember 2007 einen Antrag für einen Gegenvorschlag nur hauchdünn (21:22) verworfen. Im Nationalrat ist die Initiative im März 2008 nur äusserst knapp abgelehnt worden. Die vorberatende Kommission des NR hat jedoch einer Standesinitiative des Kantons Aargau mit gleicher Stossrichtung

klar zugestimmt, und eine Subkommission des Ständerats ist jetzt – wenngleich reichlich spät – daran, einen möglichen indirekten Gegenvorschlag zu erarbeiten.

Die FDP-Initiative geniesst auch im Volk und in der Wirtschaft breite Unterstützung: Eine repräsentative Studie vom Juli 2007 zeigt, dass 65% der Befragten hinter den Forderungen der FDP stehen – und zwar schweizweit. Im gleichen Zeitraum hat das Stimmvolk des Kantons St. Gallen das kantonale VBR abgeschafft. Die Aargauer Stimmberechtigten haben diesem Schritt zwar nicht zugestimmt – dies jedoch im Wissen um die in Bern hängige Aargauer Standesinitiative. Unlängst hat nun auch der Dachverband der Wirtschaft, economie-suisse, ein Ja zur Initiative empfohlen.

Links-grüne Kreise geben sich zwar alle Mühe, unsere Initiative als gegen Natur und Umwelt gerichtet darzustellen. Doch ein Blick auf den Initiativtext zeigt: Das VBR wird nicht abgeschafft, sondern eingeschränkt. Unser Kampf gilt dem Missbrauch des VBR durch Verbände wie den VCS. Für die FDP ist klar:

- Wenn ein Bauvorhaben vom Volk oder Parlament angenommen worden ist, darf es im Nachhinein nicht durch private Verbände verhindert werden (Legalitätsprinzip).

- Das aktuelle VBR verhindert dringend nötige Investitionen, Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze. Und es gefährdet die verfassungsmässige Eigentums-garantie.

- Der VCS ist bis heute den Beweis schuldig geblieben, dass seine Forderungen der Umwelt nützen.

- Das Einhalten von Umweltschutzgesetzen ist Aufgabe der de-



Brachte das Fass zum Überlaufen: Verbandsbeschwerde in Zürich gegen das Hardturmstadion.

Bild: Keystone

mokratisch gewählten Behörden und nicht von privaten Verbänden.

- Seit der Einführung des VBR in den sechziger Jahren (zum Schutz der Berglandschaften) wurde der Umweltschutz auf Bundes- und Kantonsebene drastisch verschärft, was das VBR in dieser Form obsolet gemacht hat.

- Ein Gutachten des Staatsrechtlers Prof. Yvo Hangartner (Universität St. Gallen) zeigt: Der neue Verfassungsartikel ist klar und kann direkt angewendet werden. Die Verbandsbeschwerde ist rechtsstaatlich nicht gefordert.

Die Initianten hatten bereits vor Monaten signalisiert, dass sie sich

einem allfälligen indirekten Gegenvorschlag nicht a priori verschliessen würden – sofern ein solcher das demokratiepolitische Anliegen der Volksinitiative aufgreift. Ein Gegenvorschlag ist aber bisher nicht in Sicht. Nach Abschluss der parlamentarischen Behandlung der FDP-Initiative beginnt das Initiativkomitee nun mit der Vorbereitung des Abstimmungskampfes. Und wir sind guten Mutes! Sollten die eidgenössischen Räte – rechtzeitig – doch noch einen Gegenvorschlag verabschieden, sind die Initianten gerne bereit, diesen seriös zu prüfen.

Mehr Informationen: www.wachstum.ch und www.croissance.ch

Agenda

April 2008

18. Sekretären-Konferenz/PPK/GL
18.–19. Delegiertenversammlung und Parteitag (Bern)
28.–30. Sondersession

Mai 2008

16.–17. Vorsektionale Fraktionssitzung
26.–13.6. Sommersession
29. Geschäftsleitung

Auf den Hund gekommen

| | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|---|-----------------------------|--|---|---|--|---|----|--|--------------------------------------|--|-------------------------------|
| erfand grosse Röhren für die Blasmusik | ↓ | womit Hunde Freude zeigen | ↓ | Marika, die feurige ungarische Tänzerin | ↓ | Schweiss-hunde folgen ihr Halbkanton | ↓ | der Weise b. Lessing Frage nach dem Täter | ↓ | bringt Metall im Kies | ↓ | der letzte Tessiner Bundesrat | ↓ |
| enthält §§ für die Hundehalter | 6 | extraordinaire stehen im Kegelries | → | sorgt für Ordnung im und ums Schulhaus | → | | ↓ | | ↓ | 7 | | schwerer Schutz-hund | |
| ↓ | | ↓ | | | | | | | | | ↓ | dedit, hat bezahlt frühere jap. Provinz | → |
| die etwas plumpe Sirene im Meer | → | | | 5 | | norditalienische Bildungshauptstadt | ↓ | der Täter hat keines Auto vom Flachland | → | heiss für den dog bewegungs-unfähig, trägt | ↓ | | 8 |
| hindert Köter und Politiker am Zubeissen | kleine Nachnahme oft stören-de Klafferei | → | | kann wie Salbe Schmerzen lindern | → | mögl. Schiffs-laderaum dekoriert d. Heldenbrust | → | | ↓ | 2 | | rennt hinter falschen Hasen um die Wette | |
| Grundlage zum Bienenhonig | ↓ | dient dem Abspecken oder der Gesundheit | ↓ | Heinrich, dt. Schriftsteller ein Teil vom Teil | → | | ↓ | | ↓ | 11 | Luzerns Nachbar billige Erb-teilchen | → | |
| ↓ | | ↓ | ↓ | | | steckt so nur im Montag | ↓ | Gasmasken Gräser für Brot und Teigwaren | → | | ↓ | Sprosse d. Tonleiter womit Hunde wedeln | → |
| englischer Nationalhund mit Stupsnase | → | | | 4 | | | ↓ | Gräser für Brot und Teigwaren | ↓ | heran wie einst Blücher | → | | |
| 9 | | | unpolitischer Berner Wauwau | → | | | | | | | 3 | | |
| ...aspera ad astra | | ↓ | ↓ | | | | | | | | | ↓ | 14 |
| ↓ | | ↓ | ↓ | | 1 | wird an der Jeanshose noch vernietet | ↓ | wachsen als blütenlose Waldwedel | → | zeigt auch den Bär am Auto | → | | |
| weckt nicht nur die Feuerwehr | Internationale Banknummer | ↓ | menschliche Vorderbeine | → | führt Walliser ins Tessin und umgekehrt | → | | ↓ | 10 | | | manche Politiker hören es wachsen | |
| ↓ | ↓ | ↓ | ↓ | | neben dem Blau- gibt auch diesen Wal | → | Halbkanton am Säntis schwarze Klaviertaste | → | | altkeltischer Insulaner | ↓ | 12 | produziert Zürcher Ingenieure |
| Lettlands Hauptstadt Lawinenretter m. Fass | → | | | ↓ | | | ↓ | | ↓ | | | | Umlaut für unehelich |
| ↓ | | | | | 15 | | | | | | | ↓ | |
| Punktehund bi....aus 2 Einheiten | → | | | | | salvo errore, Irrtum vorbehalten | → | Reptil mit gesunden Schuppen | → | | ↓ | 13 | |

Preise:

1.-3. Preis:

Je ein Buch von Fulvio Pelli, «37 Gründe, liberal zu sein»



So machen Sie mit:

Schreiben Sie uns bis zum 16. April 2008 eine Postkarte oder ein E-Mail mit dem Lösungswort, Ihrem Namen und Ihrer Adresse an:

Generalsekretariat FDP

«Freisinn»-Rätsel

Postfach 6136

3001 Bern

raetsel@fdp.ch

Die Gewinnerinnen und Gewinner werden ausgelost und persönlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Lösungswort:

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|----|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|----|----|

Auflösung Kreuzworträtsel Nr. 2/08

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| W | W | G | S | C | A |
| A | S | I | A | E | I |
| K | R | A | L | L | E |
| O | G | O | D | F | A |
| A | R | M | E | E | P |
| P | A | W | A | S | S |
| W | I | D | D | E | R |
| O | E | R | T | F | H |
| N | S | C | H | U | E |
| G | H | S | E | R | A |
| A | R | E | S | M | E |
| S | C | H | A | L | T |
| F | A | E | H | R | E |
| L | E | P | R | A | D |
| U | E | L | I | Z | W |
| K | R | E | B | S | A |
| Z | E | A | S | Y | R |

Das richtige Lösungswort des Kreuzworträtsels Nr. 2/08 lautete: Baumeister.

Bis zum Redaktionsschluss sind bei uns 287 richtige Antworten eingegangen. Evelyne Hofer-Bill, neue Sekretärin Bereich Fraktion und Politik, zog folgende Gewinner/innen:

- Herr Richard Tanner, Säntisstrasse 12, 9230 Flawil (1. Preis)
- Herr Hans Rochat, Birkenstrasse 13, 6003 Luzern (2. Preis)
- Frau Margrit Baumann, Hinterwiesstrasse 6, 9444 Diepoldsau (3. Preis)

Die Preise werden den Gewinnern direkt zugestellt. Die «Freisinn»-Redaktion wünscht den Gewinnern viel Spass mit ihrem Preis.

Werben Sie im «Schweizer Freisinn»!

Inserieren Sie im «Schweizer Freisinn». Mit einer Anzeige erreichen Sie zielgenau ein ganz besonderes Publikum: Mitglieder der FDP in der deutschen Schweiz.

Der «Schweizer Freisinn» erscheint zehnmal jährlich in einer Auflage von über 70000 Exemplaren. Nützen auch Sie die Möglichkeit, eine interessante Zielgruppe direkt anzusprechen – mit einem Inserat im «Freisinn».

Die Insertionstarife sind wie folgt:

| Grösse | Preis pro Ausgabe |
|--------|-------------------|
| 1/1 | 5000 Fr. |
| 1/2 | 2500 Fr. |
| 1/4 | 1400 Fr. |
| 1/8 | 650 Fr. |
| 1/16 | 400 Fr. |

Rabatte

bei 3 Ausgaben: 5%; bei 6 Ausgaben: 10%; bei 10 Ausgaben: 15%

Anfragen unter:

FDP Schweiz, Redaktion «Schweizer Freisinn», Eliane Gnägi, Neuen-
gasse 20, Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. 031 320 35 30

Die nächsten Delegierten- versammlungen der FDP CH

- 28.6.2008
Delegiertenversammlung in Olten

Keine Delegiertenversammlung im August 2008

- 13.9.2008
Evtl. Delegiertenversammlung
in Neuenburg
- 25.10.2008
Gründungsparteitag Bern (FDP Schweiz
und Liberale Partei der Schweiz)



**Medizinische Qualität
statt Rationierung.**

Am 1. Juni:
JA zum Gesundheitsartikel

Wir sehen eine Region aufblühen.

Obwohl Graubünden eine der schönsten Regionen der Schweiz ist, kehren immer mehr junge Rätromanen ihrer Heimat den Rücken. Sie sehen wenig Perspektiven für ihre Zukunft. Microsoft engagiert sich in Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung und der Wirtschaft, den romanischsprachigen Gebieten neue Impulse zu geben. Mit einer Version von Microsoft Office auf Rumantsch bekräftigt Microsoft ihr Engagement. Wir glauben an das Potenzial von Graubünden und engagieren uns für die kulturelle Vielfalt der Schweiz.

www.microsoft.ch/potential

Sent, ENGADIN/School

© 2007 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten. Microsoft und „Your Potential. Our Passion.“ sind entweder eingetragene Marken oder Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern.

Your potential. Our passion.™

Microsoft®